

gelium die eine und das andere die andere referiert. Jesus mußte, um seine Lehre einzuprägen und sie den Aposteln wie auch dem Volk nahezubringen, oft dasselbe vortragen, er mußte aber auch, um das Interesse wachzuhalten, Variationen gebrauchen, die die gleiche Sache unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchteten. Ebenso verhielten sich die Apostel und die Apostelschüler.

Praktische Auswertung

Die Instruktion wendet sich zuletzt der praktischen Auswertung ihrer Grundsätze im kirchlichen Lehramt zu. Sie legt ihren ganzen Nachdruck darauf, daß die Evangelien nicht einfach ein Studienobjekt sind, sondern die Grundlage unseres Glaubens und des Wirkens für das Heil der Seelen. Die Evangelien sind geschrieben worden, um dem einzelnen Priester und Gläubigen als Quelle für sein geistliches Leben zu dienen und um auf dem Weg über die Predigt das Glaubensleben der kirchlichen Gemeinschaft zu tragen. Darum ist die Literarkritik kein Selbstzweck, sondern das Mittel, mit dessen Hilfe wir zu den Absichten Gottes vordringen können.

Den Predigern legt die Instruktion ans Herz, sie möchten klug sein und das Volk nicht durch Neuheiten in Verwirrung bringen. „Neue Ansichten, wenn sie genügend bewiesen sind, mögen sie, wenn das notwendig ist, mit Vorsicht auseinandersetzen, aber sich die geistige Haltung ihrer Hörer vergegenwärtigen.“

Den Schriftstellern, die über die Bibel schreiben und sie auslegen, schärft die Instruktion ein, sie möchten ihre Aufgabe so erfüllen, daß die Reichtümer des Wortes Gottes sichtbar werden und die Gläubigen sich angeregt und bewegt fühlen, ihr eigenes Leben danach einzurichten. Sie sollen gewissenhaft die Tradition der Kirche fortführen. Aber dennoch, so schließt Kardinal Bea, muß man denjenigen Exegeten, die sich als Pioniere mit persönlichem Risiko auf das gefahrenvolle Feld der biblischen Wissenschaften begeben, mit Liebe und ihrer Arbeit mit Respekt begegnen. Die Instruktion fügt das Motiv dafür hinzu: „weil auch Exegeten von hohem Ruf wie selbst der heilige Hieronymus bisweilen nur einen relativen Erfolg bei ihren Bemühungen um die Lösung größerer Schwierigkeiten gehabt haben“.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Arbeit und die Arbeiter in der Gesellschaft der Gegenwart

Die 51. Soziale Woche der Katholiken Frankreichs

„Die Arbeit und die Arbeiter in der Gesellschaft der Gegenwart — Le travail et les travailleurs dans la société contemporaine“ hieß das Thema der 51. Sozialen Woche der Katholiken Frankreichs, die in diesem Jahr aus Anlaß des 60jährigen Gründungsjubiläums der Sozialen Wochen vom 9. bis 14. Juli in Lyon stattfand. Ein sehr aktuelles Thema, denn niemand dürfte im Ernst behaupten wollen, die Arbeit habe nach 100 Jahren industrieller Entwicklung aufgehört, ein soziales Problem zu sein; ein sehr komplexes Thema, denn gerade die letzten Jahrzehnte mit der zunehmenden sozialen Verflechtung in allen Bereichen, in denen sich Eingliederung und Integration des Einzelnen in die Gesellschaft abspielen, haben zu einer ständigen Differenzierung des Faktors Arbeit sowie der Schichten, die sie ausüben, beigetragen und so zu einer beinahe unendlichen Ausweitung der Thematik geführt; ein den Sozialen Wochen seit ihrer Gründung vertrautes Thema, das gerade in der ersten Zeit ihrer Existenz häufig Gegenstand ihrer Überlegungen war, da ja für einen Großteil der sozial engagierten Katholiken noch in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts die Arbeiterfrage mit der sog. sozialen Frage weithin identisch war.

Vage Entschlüsse

Beurteilte man allerdings das Ergebnis von Lyon nach den nicht sehr inhaltsreichen Entschlüssen, die den Teilnehmern mit auf den Weg gegeben wurden, gewänne man beinahe den Eindruck, die Veranstalter der Sozialen Wochen hätten sich da geradezu ein Thema der Verlegenheiten ausgesucht. Denn nach einer etwas langatmigen Einführung über den sozialen und individuellen Charakter der Arbeit und einigen abstrakten Forderungen zur heutigen Situation der arbeitenden Bevölkerung und der Feststellung über die Unangemessenheit der tra-

ditionellen Gesellschaftssysteme und Ideologien beschränken sie sich auf folgende Forderungen:

„Eine Verbesserung der Rahmenplanung (planification), die eine wirksamere Teilnahme der zwischengesellschaftlichen Gebilde an deren Ausarbeitung und Durchführung ermöglicht und die verschiedenen Ebenen der Verantwortung und Entscheidung besser beachtet. Zu diesem Zwecke soll in allen Wirtschaftsbranchen für Koordinierungs-, Orientierungs- und Kontaktinstanzen gesorgt werden;

eine bessere Sicherung der freien Ausübung gewerkschaftlicher Aktivität im Betrieb;

eine systematischere Anstrengung zur Humanisierung der Arbeit und zur Verringerung ihrer menschlichen Kosten;

eine Erweiterung der Perspektiven für die Bildung der Menschen und deren gesellschaftliche Entfaltung in der Weise, daß der ganze Mensch, Körper und Geist, Individuum und Gesellschaft, in Betracht gezogen wird und daß er auf diese Weise die Möglichkeit erhält, Verantwortlichkeiten im Gesamt technischer Prozesse und sozialer Phänomene, in die er gestellt ist, wahrzunehmen;

eine neue Politik gegenüber den Gastarbeitern, um ihr menschliches und berufliches Fortkommen zu sichern, sei es im Hinblick auf ihren individuellen Aufstieg, sei es im Hinblick auf eine Rückkehr in ihr Herkunftsland, zu dessen Entwicklung sie beitragen können müssen;

eine Revision des praktischen Verhaltens in den Industriegesellschaften gegenüber den landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben, die, wenn sie sich von sich aus um Anpassungsversuche bemühen und neue Organisationsformen entdecken, über die dafür notwendigen Mittel verfügen können müssen.“

Doch täuscht dieses magere Ergebnis, wie es sich in den Entschlüssen niedergeschlagen hat, über das eigentliche Bemühen und auch über die wirkliche Problematik der Woche hinweg. Man hatte sich an den sechs Tagen, von denen jeder einem besonderen Thema gewidmet war, sehr gründlich um eine Übersicht über die ökonomischen, gesellschaftlichen, psychologischen, hygienischen und zivi-

limatorischen Aspekte der Arbeit bemüht. Und wenn die traditionelle Neigung der Sozialen Wochen zu abstrakter Beschreibung über die Köpfe des Publikums hinweg festzustellen war, so ging man in den Vorlesungen und besonders in den Diskussionen und Arbeitskreisen nicht an den konkreten, vor allem französischen Problemen der Arbeitsgesetzgebung, Betriebsverfassung und der Arbeitsmedizin vorbei. Stellung und Anspruch der Gewerkschaften wurden ausführlich diskutiert, deren innerbetriebliches Mitspracherecht kräftig gefordert, auch wenn über die Form und den Umfang dieses Mitspracherechtes die Meinungen stark auseinandergingen. Der Anspruch dieser Sozialen Woche gipfelte schließlich in der Forderung nach einer wirksamen Beteiligung der arbeitenden Massen an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen auf allen Ebenen der Nationalwirtschaft: Betrieb, Wirtschaftsbranchen, Regionen, Plankommission, Wirtschafts- und Sozialrat. Das Wort „participation“, das im Deutschen mit Partnerschaft nur sehr ungenau wiedergegeben werden kann, da participation in diesem Fall einseitig die Beteiligung der Arbeiterschaft an den wichtigen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen meint, eine Teilnahme freilich, die sich mittels der notwendigen Strukturveränderungen zum vollen Partnerschaftssystem ausweiten soll, war eines der Kennworte der Sozialen Woche. Die qualifizierte Vertretung der Arbeiterschaft im Rahmen dieser „participation“ wurde unbestritten und mit Nachdruck den Gewerkschaften zuerkannt. Wie das zu geschehen hat, war angesichts der fehlenden gewerkschaftlichen Einheit — in Frankreich gibt es drei Richtungsgewerkschaften: die kommunistischen, sozialistischen und christlichen — eine sehr viel schwierigere Frage, deren sich die Veranstalter und die zahlreichen Gewerkschaftsvertreter, die im Verlauf der Woche zu Wort kamen, wohl bewußt waren, ohne sie befriedigend beantworten zu können. Für den deutschen Beobachter war es jedenfalls interessant, festzustellen, wie die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften Frankreichs nicht ohne einen gewissen Neid nach Deutschland blickten.

Absage an die „civilisation du travail“

Ausgangspunkt der Sozialen Woche von Lyon war die Erkenntnis, daß sich die Wirklichkeit der Arbeit, sowohl die Situation des einzelnen Arbeiters wie die der „Arbeiterklasse“ im Gesellschaftsganzen, durch eine Reihe von Umschichtungs- und Aufstiegsprozessen stark verschoben und die Problematik sich in neue Dimensionen erweitert hat. Bereits im Schreiben des Kardinalstaatssekretärs, das wie jedes Jahr zu Beginn der Woche verlesen wurde, findet sich die Feststellung: „Von *Rerum novarum* bis zu *Mater et magistra* über *Quadragesimo anno* haben sich die Modalitäten der Arbeit und die Lage der Arbeiter tiefgreifend verändert... So, wie sich das Arbeitsproblem heute stellt, übersteigt es die ‚soziale Frage‘ und die ‚Beziehungen Kapital—Arbeit‘. Heute muß nicht mehr bloß die körperliche Arbeit eines Industriearbeiters in Betracht gezogen werden, sondern das ganze Bemühen der Intelligenz und des Wissens zur Verwandlung der geschaffenen Natur und für deren Anpassung an die immer differenzierteren menschlichen Bedürfnisse.“ Im übrigen, so heißt es in dem Schreiben weiter, „arbeiteten“, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fast alle, die fähig sind, irgendeine Tätigkeit auszuüben. Diese Feststellung, die vom Präsidenten der Sozialen Wochen, Alain Barrère, in seiner kurzen Einführung und noch deutlicher in seinem Schlußreferat wiederaufgenommen wurde, bedeutete eine

Absage an die traditionelle Problematik des „monde ouvrier“ und der „civilisation du travail“, wie sie sich in Frankreich in den letzten Jahrzehnten im Kampf gegen eine veraltete Arbeits- und Sozialgesetzgebung herausgebildet und unter dem Einfluß der Linken zu einer Art Ideologie verfestigt hatte. Da die berufstätige Bevölkerung einschließlich der Arbeiterschaft von unten wie von oben eine tiefgreifende Umschichtung erfahren hat, könne die Arbeiterschaft nicht mehr als eine „monolithische“ Klasse angesehen werden. Eine gewisse Annäherung zwischen Arbeitern und Angestellten auf der sozialen Stufenleiter sei festzustellen; neue Gruppen und ganze Schichten von Arbeitern entstünden, die nicht mehr dem „monde ouvrier“ in seinem traditionellen Verständnis zugehörten; der Unterschied zwischen körperlicher und „geistiger“ Arbeit behalte zwar einen gewissen Sinn, habe sich aber objektiv und in der Einstellung der Betroffenen verschoben. Die Arbeiterschaft habe sich heute ihre wesentlichen sozialen Rechte erkämpft und habe — wenn auch beschränkten — Anteil am allgemeinen Wohlstand. Entsprechend dieser Feststellung war die Soziale Woche von Lyon auch bemüht, einer gewissen Entideologisierung des Problems das Wort zu reden. So wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, man solle sich hüten, zur Umbauung überholter Positionen aus der Arbeit einen Selbstzweck zu machen. Die Arbeit bilde als Möglichkeit schöpferischer Mitgestaltung der Natur, als Möglichkeit individueller und sozialer Entfaltung und Selbstbestätigung der Person, als Voraussetzung jedes kulturellen Aufstiegs einen menschlichen Grundwert, aber dieser berechtige noch nicht, von einer „civilisation du travail“ im Sinne eines angestrebten Ziels zu sprechen.

Zu den neuen Perspektiven, unter denen die moderne Arbeit und der Arbeiter gesehen werden müssen, heißt es weiter in dem Schreiben des Kardinalstaatssekretärs: „Der Anteil der verschiedenen Arbeiterkategorien beim Aufbau des gemeinsamen Wohlstandes berechtigt sie zur Teilnahme an den Entscheidungen, die diesem die Richtung geben und zu einer gerechten Beteiligung mit der ganzen Nation an seinen Früchten. Es handelt sich also nicht mehr bloß um die Verteilung des Nationaleinkommens, sondern tiefer gehend um ein wesentliches Recht des Arbeiters, als Bürger an der Ausrichtung... von der das Unternehmen und jede wirtschaftliche Aktivität des Landes betroffen sind, teilzunehmen...“ Mit dieser Forderung, die ebenfalls in den einzelnen Referaten, besonders im Schlußreferat von Barrère, weiter ausgeführt und von den Gegebenheiten des französischen Wirtschaftslebens her konkretisiert wurde, wurde die Thematik der Sozialen Woche von Caen über die demokratische Gesellschaft (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 571) bei gleichbleibenden Postulaten auf die wirtschaftliche Ebene übertragen. Das „wesentliche Recht“ des Arbeiters auf die Mitbeteiligung bei wirtschaftlichen Entscheidungen auf allen Ebenen innerhalb der nationalen Wirtschaft wurde somit zum zentralen Anliegen der Woche von Lyon. Dabei wurde für die betriebliche Ebene „participation“ (Mitbeteiligung) von „cogestion“ scharf unterschieden. Daß man in Lyon damit an eine Grenze gestoßen ist, zeigte der Verlauf der Woche. Auch wenn die wesentlichen Elemente einer solchen Teilnahme genannt und analysiert wurden, so konnte doch nirgends ein gangbarer Weg zu ihrer umfassenden Verwirklichung gewiesen werden. Nicht zu Unrecht machte deshalb die katholische Tageszeitung „La Croix“ der Sozialen Woche von Lyon den Vorwurf, durch die einseitige Betonung der „participation“ habe sie sich in

die Gefahr begeben, Nicht-Realisierbares zu fordern (vgl. „La Croix“, 17. 7. 64).

Entwicklungslinien im modernen Arbeitsprozeß

Welches sind die wichtigsten Entwicklungssymptome im heutigen, von hoher technischer Perfektion und von der beginnenden Automation gekennzeichneten Arbeitsprozeß, die sich zugleich entscheidend auf das seelische und das gesellschaftliche Verhalten des Arbeiters auswirken und damit bestimmend für den Ablauf gesellschaftlicher Mutationen einer Epoche sind? Jean Dubois, einer der wenigen Soziologen, die auf der Woche in Lyon zu Wort kamen, sah das charakteristische Merkmal der Industriegesellschaft in ihrem ersten Stadium in einer wachsenden „Dichotomie“ zwischen gedanklicher Planung und ausführender Arbeit. Diese Dichotomie hat sich in einem späteren Stadium durch Zwischenschaltung neuer technischer Vorgänge noch schärfer akzentuiert. Zunehmende Spezialisierung und „Kollektivierung“ (Vorherrschen der großen Produktionseinheiten in der industriellen Massenproduktion mit zunehmender gegenseitiger Abhängigkeit) verschärften ihrerseits diese Tendenz. In den von der Automation beherrschten Betrieben ist nicht mehr so sehr der Einzelmensch der Vermittler zwischen dem Produkt und der Arbeit, sondern das Arbeitskollektiv. Diese technisch bedingte Entwicklung ist auf der sozialen Ebene begleitet zunächst vom Kampf der Arbeiterschaft gegen eine privilegierte Klasse, die über das Eigentum an Produktionsgütern und damit über die Schaltstellen wirtschaftlicher Macht verfügt. In einem späteren Stadium wird diese persönliche Macht einer privilegierten Klasse, ohne ihre bestimmende Rolle zu verlieren, abgelöst von anonymen Macht- und Entscheidungsträgern. Diese Anonymisierung wirtschaftlicher Macht ist aber zugleich begleitet von einer Umschichtung und stärkeren Streuung der Machtverhältnisse nicht eigentlich im Sinne eines Ausgleichs zwischen den am Produktionsprozeß beteiligten Schichten, sondern im Sinne einer Parzellierung der Verantwortung. Die Verantwortung ist in vielen Abstufungen auf die verschiedenen Gruppen von Gehalts- und Lohnempfängern verteilt. Jeder von diesen behält seine „Parzelle“ an Verantwortung und Machtbefugnis in einem von unten bis oben bürokratisch verfaßten Arbeitssystem. Abgesehen von der persönlichen Belastung, der in einem solchen System nicht nur der Industriearbeiter ausgesetzt ist, befürchtete Dubois die Rückkehr zu einem Betriebspartikularismus, begleitet von einem gefährlichen Gruppenegoismus, der den Aufstieg der Arbeiter zu einer echten Teilnahme am Wirtschaftsgeschehen hemmen könnte. Eine andere Gefahr für diesen Aufstieg im betrieblichen wie außerbetrieblichen Bereich sah Dubois in einer zunehmenden Passivität und reinen Konsumhaltung der Arbeiter selbst. Unsere Konsumgesellschaft mit ihrem publizitären Zwang zum Konformismus bedeute eine ganz neue Gefahr für den Arbeiter, die um so größer sei, als sich der Arbeiter dieser Gefahr nicht bewußt sei. Dubois forderte deshalb wie mehrere der nachfolgenden Referenten eine stärkere Anpassung des herrschenden Schulsystems an die Bildungsbedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten.

Veränderungen innerhalb der berufstätigen Bevölkerung

Von besonderer Relevanz für die Frage der Integration der Arbeiterschaft — wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch — in das Gesellschaftsganze erwiesen sich die Veränderungen in der berufstätigen Bevölkerung mit gewich-

tigen Schwerpunktverlagerungen innerhalb und zwischen einzelnen Berufsgruppen. Jacques Meraud lieferte in seinem Referat die wichtigsten statistischen Unterlagen zur Illustration dieser Vorgänge, die dann in späteren Referaten, besonders bei der Diskussion über moderne Formen des Proletariats und über die sozialen Ursachen und Auswirkungen der Frauenarbeit, immer wieder angeführt wurden.

Frankreich verzeichnet einen deutlichen Rückgang des Anteils der Jugendlichen und der älteren Jahrgänge an der berufstätigen Bevölkerung. Während 1954 noch 80% der 14- bis 18jährigen berufstätig waren, sind es gegenwärtig nur noch 70%. In zehn Jahren rechnet man auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung (1962) nur noch mit 60% berufstätiger Jugendlicher. Dieser Rückgang ist ohne Zweifel auf die gleichzeitige Zunahme der Schüler der Mittel- und Hochschulen zurückzuführen. Aus den Ausführungen von J. Meraud war allerdings nicht ersichtlich, wie weit sich auf die gegenwärtige Entwicklung auch noch geburtschwache Jahrgänge auswirken. Von den Verschiebungen innerhalb der einzelnen Berufsgruppen und Wirtschaftszweige ist der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung die bedeutendste. Zwischen 1954 und 1962 ist die landwirtschaftliche Bevölkerung um 25% zurückgegangen. Bis zum Jahre 1970 rechnet man mit einem weiteren Rückgang um 55%. Von diesem Rückgang sind die landwirtschaftlichen Arbeiter um ein Vielfaches mehr betroffen als die Bauern selbst, die Jugendlichen mehr als die Älteren. Der Überschuß aus der Landwirtschaft wandert in die Industriearbeiterschaft ab. Die weiblichen Abwanderer wechseln zum größeren Teil in den häuslichen Dienst über oder finden eine Beschäftigung im Fremdenverkehrsgewerbe. In den nicht landwirtschaftlichen Sektoren sind im Rückgang begriffen: Hauspersonal (seit 1900 35% weniger trotz des Zustroms von Hauspersonal vom Lande), gewisse Sektoren der Konsumgüterindustrie, insbesondere Bekleidungs- und Lederindustrie, und der Bergbau. 1914 wurden in der Bekleidungsindustrie noch 1 300 000 Franzosen beschäftigt, 1962 nur noch 370 000. In der Lederindustrie ging die Beschäftigungszahl in den letzten 50 Jahren um 25% zurück. Die Gründe dieses Rückgangs sind für alle betroffenen Sektoren die gleichen: zunehmende Technisierung und zunehmende Konkurrenz aus dem Ausland, wie festgestellt wurde, auch im erhöhten Maße von seiten der Entwicklungsländer.

Demgegenüber ist eine rapide Steigerung der Beschäftigungszahl in den sog. tertiären Beschäftigungszweigen (Dienstleistungsgewerbe, Büroberufe usw.) festzustellen. In diesem Sektor verzeichnet man eine Zunahme von 70% in den letzten 70 Jahren und um 16% zwischen 1954 und 1962. Das bedeutet eine merkliche Verlagerung von den Arbeitern zu den Angestellten mit gleichzeitiger Verwischung der Grenzen zwischen den beiden Beschäftigungsgruppen und stärkerer Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft selbst.

In diesem Zusammenhang sind die Veränderungen auf der sozialen Stufenleiter aufschlußreich: in acht Jahren ist der Anteil der Arbeiter an der berufstätigen Bevölkerung um 8% angestiegen, der der Angestellten um 17%, der Anteil der höheren Angestellten und Techniker (cadres) um 34% und der Anteil der leitenden Angestellten (cadres supérieurs) um 48%. In den Lehrberufen ist der Zuwachs noch stärker. Das ergibt im ganzen ein schnelleres Wachstum der Beschäftigungszahlen bei den Gehaltsals bei den Lohnempfängern. Diese stärkere Zunahme der

Gehaltsempfänger gegenüber den Lohnempfängern gilt nicht nur auf Grund der starken Zunahme im sog. Tertiärbereich, sondern innerhalb der Industrie selbst: 1952 waren in der Industrie noch 81% Arbeiter, 1962 noch 78%, und bis 1975 rechnet man mit einem weiteren Rückgang des Anteils der Lohnempfänger um 9%. Den stärksten Zuwachs verzeichnen die höheren Angestellten und Techniker. 1952 gab es in der Industrie 10,5% Angestellte, 6% Techniker und 2,5% höhere Angestellte. Im Jahre 1975 rechnet man mit 12% Angestellten, mit 10,5% Technikern und mit 8,5% höheren Angestellten. Die Automation bildet den wichtigsten Anreiz für diese Entwicklung. Weiter ist die gegenwärtige Umschichtung der berufstätigen Bevölkerung gekennzeichnet durch den Rückgang der Selbständigen. In acht Jahren haben die Lohn- und Gehaltsempfänger um 8% zugenommen, während selbständige Handwerker, Unternehmer und selbständige Arbeiter einen Rückgang in gleicher Höhe verzeichnen.

Eine weitere Veränderung betrifft den Anteil der Frauen: Im Gegensatz zur Entwicklung in den meisten Industrieländern östlichen und westlichen Typs weist der Anteil der Frauen an der berufstätigen Bevölkerung in Frankreich im ganzen eine fallende Tendenz auf. Aber diesen Rückgang führte Meraud ausschließlich auf die fallende Tendenz in der Landwirtschaft zurück, während in den anderen Bereichen eine leichte Zunahme der Berufstätigkeit der Frau festzustellen sei. Die Berufsarbeit der Frauen nimmt wie in allen übrigen Industrieländern bei den jungen Jahrgängen schneller zu als bei den älteren, was zum Teil damit erklärt wurde, daß Töchter von Angestellten und Arbeitern eine bessere Schulbildung erhalten als deren Söhne. 65% der 25- bis 29-jährigen mit Abitur üben einen Beruf aus. Obwohl die Zahl der unverheirateten berufstätigen Frauen höher ist als die der Verheirateten, so wächst doch der Anteil der Verheirateten schneller. Obwohl die Sektoren mit traditionell mehrheitlich weiblichen Beschäftigten (z. B. Bekleidungsindustrie) weiterhin ihren Charakter behalten, ist doch der Zuwachs an weiblichen Beschäftigten in anderen Sektoren viel höher, besonders hoch im tertiären Sektor und im Lehrfach. Auch der Anteil der Frauen an den höheren Angestellten und Technikern wächst schneller als der Anteil der männlichen Angestellten, was auf langsames Abflauen der Vorurteile gegen Frauen in dieser Berufsgruppe, wenigstens in Frankreich, schließen läßt.

Die Schlußfolgerungen

War man mit Schlußfolgerungen aus diesen Tatsachen im allgemeinen eher zurückhaltend, so wurden aus diesen und ähnlichen die Arbeiterschaft umschichtenden und zugleich differenzierenden Vorgängen im Blick auf eine stärkere Demokratisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens mit wachsender aktiver Teilnahme aller arbeitenden Schichten folgende Forderungen aufgestellt:

1. Es bedarf, um den demographischen Veränderungen und den Verschiebungen auf der sozialen Stufenleiter entsprechen zu können, besonderer Anstrengungen auf dem Schul- und Bildungssektor. Nicht nur die Universitäten und Forschungsinstitute bedürfen einer besseren technischen und wissenschaftlichen Ausrüstung. Angesichts des wachsenden Bedarfs an Technikern und höheren Angestellten wird die französische Wirtschaft und die Forschung den Anschluß an die allgemeine Entwicklung verlieren, wenn der Staat nicht durch einen quantitativen

und qualitativen Ausbau der schulischen Einrichtungen den Besuch der höheren Schulen erleichtert.

2. Die Aufstiegsmöglichkeiten von Arbeiterkindern sind immer noch äußerst gering. Ihr Anteil an den höheren Berufen ist trotz des sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs der Arbeiter nicht nennenswert gestiegen. Berufentscheidungen würden vielfach dem Zufall überlassen und in einer Zeit gefällt, wo die Betroffenen sich über die Wahl nicht Rechenschaft geben können. Ein späterer Berufswechsel ist mit solchen Schwierigkeiten verbunden, daß er sich für den Betroffenen nur in seltenen Fällen zum Besseren auswirkt. Die Folge davon ist Überdruß am Beruf und eine gewisse psychische Labilität. Deswegen müsse das Pflichtschulalter heraufgesetzt und das System der fortbildenden Schulen besser ausgebaut werden, das um so mehr, als der Bedarf an Hilfsarbeitern und Arbeitern ohne besondere Spezialisierung zurückgeht.

3. Gleichzeitig muß mehr Verständnis für die schulischen Belange und die Ausbildung der Jugendlichen bei den Arbeiterfamilien geweckt werden. Wie Referate und Diskussion gezeigt haben, ist in diesem Punkt die Situation nicht anders als in den anderen Industrieländern. Und auch die Forderungen gleichen sich bis ins Detail. Man hatte freilich gelegentlich den Eindruck, als würde man nicht nur die Möglichkeiten einer weiteren Demokratisierung des Schulwesens über-, sondern auch die verbreiteten psychischen (und oft wirtschaftlich begründeten) Widerstände bei breiten Bevölkerungsschichten gegen stärkere schulische und berufliche Fortbildung unterschätzen.

4. Eine der wesentlichsten Entwicklungen innerhalb unserer Industriegesellschaft, die zunehmende Abwanderung in die abhängigen Berufe, wurde im ganzen positiv beurteilt, mit der Begründung, was an Selbständigkeit verlorengehe, werde an Verantwortung gewonnen. Da auch eine gewisse Zunahme partieller Verantwortung von unten festzustellen sei, erleichtere diese Tendenz die fortschreitende Demokratisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens.

5. Auf das Weiterbestehen zahlreicher desintegrierender Faktoren für den abhängigen Arbeiter, die vielfach nur die Form gewechselt, an Gefährlichkeit aber nichts verloren haben, wurde mehrfach hingewiesen: zusätzliche nervliche Belastungen, erhöhte Unfallzahlen, zunehmende Vereinsamung, Inferioritätsempfinden gegenüber dem anonymen Apparat, verbunden mit innerer Auflehnung gegen die herrschende Gesellschaftsordnung u. ä. m. Auch zur Heilung dieser Gefahren gesellschaftlicher Entfremdung (aliénation) wurde die Forderung nach aktiver Beteiligung des Arbeiters an den Entscheidungen, von denen er selbst betroffen wird, erhoben. Auch hier blieben die Postulate im Abstrakten hängen.

6. Die Landflucht wurde als notwendiges gesellschaftliches Umschichtungsphänomen zur Kenntnis genommen. Von der Bewahrung der Landwirtschaft als eines eigenen, neben der Industriegesellschaft selbständig weiterbestehenden Produktions- und Gesellschaftstypus, wie er noch bis in die jüngste Zeit manchen Vertretern der katholischen Soziallehre vorschwebte, war nicht mehr die Rede. André Vial, Informationschef der landwirtschaftlichen Bodenentwicklungsgesellschaft, stellte nüchtern fest: In wenigen Jahren werde es weder eine ländliche noch eine städtische Kultur im heutigen Sinne geben. Die landwirtschaftliche Produktionsweise wird sich mit fortschreitender Anwendung technischer Mittel industriellen Produktionsmethoden angeglichen haben. Die landwirtschaftlichen Arbeiter werden innerhalb einer einheitlichen, wenn auch neue

Differenzierungen zulassenden Industriegesellschaft ihren Platz und ihre Entfaltungsmöglichkeiten finden.

Gibt es noch ein Proletariat?

Diese Frage war eine der meist diskutierten und fand beim breiteren Publikum die stärkste Resonanz. Die Antwort darauf lautete eindeutig ja. Bereits A. Barrère hatte in seiner Einführung am ersten Tag erklärt: „Man kann nicht sagen, das Proletariat sei verschwunden. Die Opfer sind zwar keineswegs mehr dieselben, aber das Proletariat existiert weiter unter neuen Formen.“ In den Entschlüssen wird ausdrücklich festgehalten: „Die Welt der Arbeit wird immer komplexer. Ein Teil davon ist entproletarisiert worden oder befindet sich auf dem Weg der Entproletarisierung. Ein anderer Teil aber bleibt proletarisch oder gar subproletarisch und ist einer relativen Pauperisierung unterworfen. Neue proletarische Gruppen treten in Erscheinung: Alte, Körperbehinderte, geistig Zurückgebliebene, die unteren Schichten der Gastarbeiter.“ Von mehreren Referenten wurde wiederholt, daß bisher weder das westliche noch das östliche Wirtschaftssystem in der Lage gewesen sei, gewisse Bevölkerungsschichten aus ihrem proletarischen Zustand zu befreien. Angesichts der eben aufgezählten Gruppen von „Proletariern“ wird man sich freilich fragen, ob es sich hier um ein Proletariat im eigentlichen Sinne handelt oder nicht vielmehr um eine Anzahl von Härtefällen, von denen einzelne und Gruppen betroffen sind und die auch beim größten sozialen Wohlstand nicht ganz beseitigt werden können.

Aber die statistischen Angaben, die von den Referenten beigezeichnet wurden, machten deutlich, daß es darüber hinaus breitere Bevölkerungsschichten gibt, die ein Proletariat im echten Sinn des Wortes darstellen, ja daß es gewisse Tendenzen zu einer neuen Proletarisierung gibt. Zwei Arten von Proletariat wurden unterschieden: ein Elendsproletariat (*prolétariat de misère*) und ein Proletariat der Abhängigkeit (*prolétariat de soumission*). Der „Vollproletarier“ ist gekennzeichnet durch ein Einkommen, das — gemessen an den heutigen Bedürfnissen — unter dem Existenzminimum liegt, durch das Fehlen aller wirtschaftlichen und sozialen Reserven. Seine Integrationschancen sind infolge wirtschaftlicher Unsicherheit und sozialer Instabilität (Wohnverhältnisse, Bildungsrückstand, Unsicherheit des Arbeitsplatzes) minimal. Nimmt man — wie die Referenten — als Existenzminimum ein Monatseinkommen von 600 Fr. und als monatliches Durchschnittsfamilienbudget (*budget-type*) 1400 Fr., dann ergibt sich eine relativ hohe Zahl an Lohn- und Gehaltsempfängern, die mit ihrem Einkommen unterhalb des Existenzminimums bleiben, und natürlich eine noch viel größere Zahl, deren Familieneinkommen unter dem *budget-type* bleibt. Die tatsächliche Lage der Arbeiterfamilie (und Angestelltenfamilie) und damit ihr Proletarisierungsgrad ließe sich freilich nur an Hand der Familieneinkommen errechnen und nicht an Hand der Individualgehälter. Das Bild veränderte sich dann wesentlich. Immerhin aber wurde festgestellt, daß über zwei Millionen Franzosen das Existenzminimum nicht erreichen.

Für über eine Million beträgt das Monatseinkommen sogar nicht mehr als 200 Fr. Zu beachten ist freilich, daß es sich dabei in erster Linie um Rentner, um Frauen mit Halbtagsarbeit und um gewisse Gruppen von Gastarbeitern handelt. Die an Hand der jährlichen Erhebungen der INSEE erarbeiteten Lohnstatistiken (vgl. „Le Monde“, 24./25. 11. 63) ergeben allerdings ein noch pre-

käreres Bild. Danach verdienen zwei Drittel der Lohn- und Gehaltsempfänger in Industrie und Handel weniger als 790 Fr. (davon von den Männern 59% und von den Frauen 83,9%), 41,5% weniger als 590 Fr. und 15,2% weniger als 300 Fr. Aber wichtiger als diese Daten erscheinen einige Entwicklungstendenzen, die nach einheitlicher Auffassung der Referenten zu einer verschärften Pauperisierung einzelner Gruppen führen: Es wurde festgestellt, daß die Einkommen der höheren Angestellten viel rascher ansteigen als die der Arbeiter. So sind die Einkommen bei den höheren Angestellten im Jahre 1960 um 11% angestiegen, bei den Arbeitern hingegen nur um 2,3%. Und selbst dieser geringfügige Anstieg wurde auf Erhöhung der Überstundenzahl zurückgeführt. Die gleiche Tendenz zeigt sich zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern. Auch hier steigen die Einkommen der Facharbeiter um ein Mehrfaches schneller als die der Hilfsarbeiter. Der Unterschied zwischen dem Einkommen der männlichen und weiblichen Gehalts- und Lohnempfänger verschiebt sich ebenfalls zuungunsten der Frauen. Ein Beispiel: Im Jahre 1961 betrug das Durchschnittseinkommen in Industrie und Handel bei den Männern 693,3, bei den Frauen 528; im Jahre 1963 bei den Männern 818, bei den Frauen 623, bei den höheren Angestellten 1961 1230 (Männer) und 816 (Frauen), 1963 1454 (Männer) und 963 (Frauen). Im allgemeinen sind die Löhne und Gehälter der Frauen bei gleicher oder analoger Arbeitsleistung um 10% niedriger. Hinzu kommen noch die großen Einkommensunterschiede nicht nur zwischen Landwirtschaft und Industrie, sondern auch zwischen den verschiedenen Industriezweigen, und die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen, die in Frankreich von besonderem Gewicht sind. So beträgt das Durchschnittsjahreseinkommen eines Abhängigen in Paris 10962 (1961), in der Bretagne hingegen 6324. Daß diese Zahlen nur hinweisenden Wert besitzen, ist klar. Um einen effektiven Vergleich anstellen zu können, müßten diese Zahlen mit dem Lebenshaltungskostenindex in den verschiedenen Regionen verglichen werden, für den wahrscheinlich vergleichbare Unterschiede gelten. Aber übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Einkommensunterschiede nach Wirtschaftszweigen, Berufsgruppen und Regionen sich gegenwärtig verschärfen.

Zwei weitere Fakten sind bezeichnend: Nach einer Berechnung der Gewerkschaften hat sich der Lebenshaltungskostenindex (für die Familie) in fünf Jahren (seit 1957) von 100 auf 165 erhöht, das Durchschnittseinkommen der Familie jedoch nur auf 155. Die Kaufkraft des Familieneinkommens hat sich also wesentlich verringert. Hinzu kommt als besondere Benachteiligung der kinderreichen Familien: Während die Löhne und Gehälter von 1956 bis 1962 um ca. 60% gestiegen sind, sind die Sozialleistungen für die Familie nur um ca. 28% gestiegen. Auf diesem Hintergrund hatte die Feststellung ihr Gewicht: „Das Proletariat ist nicht verschwunden, es gibt sogar eine stetige Pauperisierung.“ Ebenso verständlich wurden angesichts dieser Entwicklungstendenzen die wiederholten Forderungen nach einer Reform der Einkommenspolitik, wobei man sich freilich wiederum über die Mittel und Wege nicht recht einig wurde. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Einkommenspolitik der letzten Jahre sich einseitig zuungunsten der wirtschaftlich und sozial schwächer gestellten Schichten ausgewirkt hat. Und von gewerkschaftlicher Seite wurde bemerkt, die staatliche Konjunkturpolitik sei bisher einseitig gegen die Arbeiterschaft gerichtet gewesen.

Eines der am stärksten beachteten Referate war das von Jean Savatier, Professor an der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät von Poitiers, über die Erneuerung des Sozial- und Arbeitsrechtes. Die Sozialgesetzgebung habe heute den Charakter „einer Ausnahmegesetzgebung zugunsten einer gesellschaftlichen Klasse“ verloren. Sie erstreckt sich heute auf alle Berufsgruppen: auf Arbeiter, Angestellte, Beamte und sogar Selbständige. Diese Ausweitung wurde ermöglicht durch Veränderungen der gesamten Sozialstruktur und eine gleichzeitige Änderung der Mentalität. Technischer Fortschritt und wirtschaftliche Konzentration erhöhen die Zahl der abhängigen Arbeiter. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung wird staatliches Eingreifen in die Auseinandersetzungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer als selbstverständlich akzeptiert. Gewerkschaftliche Aktivität und Streiks haben eine ähnliche Ausdehnung und zugleich eine ähnliche Motivverlagerung erfahren. Heute verlagert sich die Sozialgesetzgebung von der staatlichen Gesetzgebung auf Übereinkommen zwischen den Sozialpartnern durch Kollektivvertrag, wobei auf das Eingreifen des Gesetzgebers weiterhin nicht verzichtet werden kann, da nur die organisierten Arbeiter durch Kollektivverträge geschützt sind. Trotz des späten Übergangs von der staatlichen Gesetzgebung auf die arbeits- und sozialrechtliche Regelung durch Kollektivverträge in Frankreich — die großen Sozialreformen der Zwischen- und ersten Nachkriegszeit wurden noch zum größten Teil durch staatliche Gesetzgebung verwirklicht, erst seit 1950 hat sich die vertragliche Regelung allgemein durchgesetzt — ist letztere der staatlichen Gesetzgebung vorzuziehen, da durch den Vertragsabschluß zwischen den Sozialpartnern ein effektives Mitentscheidungsrecht gesichert ist. Damit entwickelt sich der Kollektivvertrag zu einem wirksamen Instrument der Partnerschaft, da die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern, ohne den Arbeitern ein Entscheidungsrecht über die wirtschaftliche Führung des Unternehmens zuzubilligen, sich auf Fragen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung erstrecken.

Savatier warnte jedoch vor einer Überschätzung der rechtlichen Garantien. Sie versagen angesichts gewisser wirtschaftlicher Pressionen. Die Lohnerhöhungen werden meist hinfällig durch Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Deswegen kann sich heute der Gesetzgeber nicht mehr auf die Regelung der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern beschränken. Er kann den schwächeren Sozialpartner nur wirksam schützen, wenn die Sozialgesetzgebung durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik ergänzt wird. Um das Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, Gesundheit dauernd verwirklichen zu können, bedarf es einer Organisation der Wirtschaft, „die die Befriedigung der betreffenden Bedürfnisse sichert, die durch die Marktwirtschaft nicht garantiert ist“. Deswegen muß die Wirtschaftspolitik auf die sozialen Zwecke hin orientiert werden. In einer dynamischen Wirtschaft haben soziale Konflikte nicht mehr dieselbe Richtung wie in einer stagnierenden Wirtschaft. Sie zielen mehr auf eine gerechte Verteilung der Gewinne als auf die Verteilung des Besitzes. Dem Sozialrecht kommt deshalb die Aufgabe zu, für die gerechte Verteilung der Früchte des wirtschaftlichen Fortschritts zu sorgen. Dafür bedarf es weniger direkter Strukturreformen als einer dynamischen Konzeption der Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine Forderung, die noch sehr unzureichend erfüllt ist.

Die Erkenntnis, daß sich in einer dynamischen Wirtschaft, in der die Arbeiterschaft grundsätzlich als Partner anerkannt ist, auch die Aufgaben und Zielsetzungen der Gewerkschaften ändern müssen und sich bereits geändert haben, war ebenfalls für das Diskussionsklima in Lyon charakteristisch. Nicht zufällig hatte man mehrere Vertreter der Gewerkschaften zu Wort kommen lassen. Bereits im Schreiben des Kardinalstaatssekretärs war davon die Rede: „Es handelt sich für die Gewerkschaften nicht mehr wie einst darum, ihre Anstrengungen ausschließlich auf die Verteidigung der ihnen zustehenden Rechte und auf den Kampf zu konzentrieren, der in den sog. liberalen Strukturen notwendig war, wo der Sieg in der Tat dem Stärkeren gehörte. Sie müssen nun, wenn nicht gemeinsam, so doch im Einklang und durch einen fruchtbaren Dialog mit den anderen Gemeinschaften aufbauen, in anerkannter Abhängigkeit von der verantwortlichen Autorität, die sich diese freie Beteiligung aller am Aufbau der Gesellschaft angelegen sein lassen wird.“ Die Gewerkschaften sollen jede Klassenmentalität überwinden und mit den Unternehmern zur Mitarbeit bei der Verwirklichung des Gemeinwohls bereit sein. J. Joblin SJ von der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf sprach davon, daß die Gewerkschaften in den westlichen Ländern sich an einer Wegscheide befinden, wo sie zwischen grundsätzlicher Ablehnung und Bekämpfung des Systems und dem Streben nach organischer Eingliederung ihrer Funktionen und Zielsetzungen zu wählen haben. R. Reynaud, Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, stellte fest, das kapitalistische System des Westens werde heute von vielen Gewerkschaften in westlichen Ländern nicht mehr bestritten. Die Bereitschaft zur Mitarbeit innerhalb des Systems sei offenkundig. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang u. a. auf die deutschen Gewerkschaften, während man für einen Teil der französischen Gewerkschaftler — auch der nichtkommunistischen — ein gewisses Nachhinken konstatierte. Das sei nicht nur auf die verschiedene Mentalität der Gewerkschaftler, sondern auch auf die verschiedenen Verhältnisse im Lande zurückzuführen. Reynaud nannte als neue Zielsetzungen, auf die sich die Gewerkschaften konzentrieren müssen, wenn sie ihre Stellung als gleichberechtigte Partner einnehmen wollen: bessere Schulung der Kader, Schaffung einer möglichst einheitlichen Strategie (aber nicht Einheit um jeden Preis), stärkere Einflußnahme auf die modernen Massenmedien, Bemühungen um eine Verbesserung der allgemeinen Volksbildung. Die Ausweitung der Aufgaben, die durch die gegenwärtige Entwicklung nahegelegt wird, verlange die Präsenz und den Einfluß der Gewerkschaften in allen Bereichen.

„Construction collective“

Dieser innerhalb der französischen Sozialbewegung geprägte Terminus bildete das Schlüsselwort des zusammenfassenden Schlußreferates von A. Barrère sowie der anderen zwei Referate des letzten Tages: F. Perroux, „La création collective et le Christianisme du XX^e siècle“ und P. G. Martelet, „Le travail, valeur spirituelle“. Barrère suchte damit zugleich den Standort der heutigen französischen Sozialbewegung und der Sozialen Wochen nach 60 Jahren seit ihrer Gründung zu fixieren. Die Arbeit sei wie alle Faktoren des gesellschaftlichen Lebens vom Phänomen der Vergesellschaftung gekennzeichnet und befinde sich auf dem Wege zu einer einheitlichen Industrie-

kultur. Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Verflechtung der Arbeitswelt finde die liberale Ideologie, die heute weniger im Grundsätzlichen als im praktischen Verhalten eine gewisse Wiederkehr feiert, keine Berechtigung mehr. Aber auch der Sozialismus — auch der demokratische, soweit es sich bei dieser Bezeichnung um einen ideologischen Inhalt und nicht nur um ein leeres Wort handelt — vermag keine Lösung für die Probleme anzubieten. Anstelle einer individualistischen oder kollektivistischen Organisation der Wirtschaft muß eine echte Partnerschaft aller treten. Diese Partnerschaft entspreche dem, was mit „construction collective“ gemeint ist. Sie beruht auf einer genauen Trennung zwischen privatem und öffentlichem Bereich, zwischen „collectif privé“ und „collectif publique“, deren jeweils verschiedene Funktionen nicht verwechselt werden dürfen, wenn die Freiheit des einzelnen erhalten und die Personwerdung (personalisation) durch die fortschreitende Vergesellschaftung nicht gefährdet werden soll. Damit für den Arbeiter die Möglichkeit freier Teilnahme am Aufbau der Gesellschaft nicht eine bloß fiktive sei, müsse sie sich nicht nur auf den politischen, sondern auch auf den wirtschaftlichen Bereich erstrecken: auf den Betrieb, die einzelnen Berufsgruppen

und auf die Stellen, wo die wirtschaftspolitischen Entscheidungen fallen. Die zwischengesellschaftlichen Gebilde erhalten als „collectif privé“ in einer auf demokratischer Partnerschaft aufbauenden Wirtschaft für den Arbeiter und seine Interessenvertretung, aber auch für das Gesellschafts Ganze erhöhte Bedeutung.

Zur Intensivierung der Diskussion wurden dieses Jahr mehrere Neuerungen eingeführt. Neben den speziellen Arbeitskreisen gab es die allgemeinen, in denen die schriftlichen Fragen der Teilnehmer beantwortet wurden. Neben den Einzelreferaten gab es die sog. „Leçon dialoguée“ mit Referat und Korreferaten, in denen die Thesen für die allgemeinen Arbeitskreise entwickelt wurden. Zusätzlich gab es noch Arbeitskreise für bestimmte Gruppen von Fachleuten, die nur auf Grund besonderer Einladung zugänglich waren. Auf diese Weise wollte man nicht nur den Gedankenaustausch zwischen Referenten und Teilnehmern, sondern auch zwischen den Referenten selbst erleichtern und Diskussionsmöglichkeiten in Fachkreisen bieten. Lyon verzeichnete zudem die höchste Teilnehmerzahl seit der Gründung der Sozialen Wochen. Sie überschritt an den letzten Tagen 5000 (davon ungefähr 3000 ständige Teilnehmer).

Das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil

Das Programm der Dritten Session Am 26. Juni hielt die Koordinierungskommission ihre fünfte und letzte Sitzung zwischen der Zweiten und der Dritten Session des Konzils ab. Auf ihrem Programm standen die Schemata über die Kirche (die beiden letzten Kapitel), über die Offenbarung, über die missionarische Tätigkeit der Kirche, über die Gegenwart und das Wirken der Kirche in der modernen Welt, die Erklärung über die Juden und Nichtchristen. Am 3. Juli wurde vom Kardinalstaatssekretär amtlich mitgeteilt, daß die Dritte Session am 14. September beginnt. Damit wurde der ursprünglich vorgesehene Termin bestätigt. Ein Termin für den Schluß der Session wurde nicht angegeben. Doch wurde bereits am Schluß der Zweiten Session der 20. November genannt, da am 28. November der Eucharistische Weltkongreß in Bombay beginnt. Im Juli wurden den Bischöfen auch die letzten Schemata zugeschickt, die während der Sommermonate nochmals von den zuständigen Kommissionen überarbeitet worden waren. Diese sind mit den Schemata, die auf dem Programm der letzten Sitzung der Koordinierungskommission standen, identisch. Die übrigen Entwürfe waren bereits im April den Bischöfen zugesandt worden. Zugleich mit den überarbeiteten Entwürfen wurden den Vätern die Relationen zu den Schemata zugestellt, die bereits in der Aula diskutiert worden sind. An Hand dieser Relationen können sich die Bischöfe über das Vorgehen der Kommissionen und die Gründe für die angebrachten Verbesserungen und Ergänzungen Rechenschaft geben.

Die Reihenfolge der Schemata

Mit den letzten Entwürfen wurden den Bischöfen zwei weitere, vom Generalsekretär des Konzils, Erzbischof Pericle Felici, unterzeichnete Dokumente zugestellt. Diese enthalten das Programm für die Dritte Session und die von der Koordinierungskommission vorgeschlagenen und vom Papst bestätigten Ergänzungen zur Geschäftsordnung. Über den wesentlichen Inhalt der beiden Doku-

mente berichtete der „Osservatore Romano“ vom 18. Juli 1964. Danach umfaßt das gesamte noch abzuwickelnde Konzilsprogramm 13 Entwürfe, davon sechs Schemata im ursprünglichen Sinn des Wortes, sechs Reihen von „propositiones“ und ein Votum (vgl. dazu Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 450). Als Schemata im ursprünglichen Sinn verbleiben: das Schema über die Kirche, das Schema über die pastoralen Pflichten der Bischöfe, das Schema über den Ökumenismus mit den beiden dazugehörigen Erklärungen über die Juden und die Nichtchristen und über die Religionsfreiheit, das Schema über die Offenbarung, das Schema über das Laienapostolat und das Schema über die Gegenwart und das Wirken der Kirche in der modernen Welt. Zu „propositiones“ verkürzt wurden die Entwürfe über die Missionen, über die Ostkirchen, über die Kleriker (jetzt: De sacerdotibus), über die Ordensleute, über die Priesterausbildung und über die Schulen. Hinzu kommt ein „Votum“ über das Ehesakrament (nicht, wie es ursprünglich hieß, über die katholische Schule). Nach dem in dem genannten Brief des Generalsekretärs festgelegten Programm werden die Entwürfe in folgender Reihenfolge diskutiert: das Schema über die Kirche, das Schema über die pastoralen Pflichten der Bischöfe, das Schema über den Ökumenismus, das Schema über die Offenbarung. Es folgen das Schema über das Laienapostolat und das Schema über die Gegenwart und das Wirken der Kirche in der modernen Welt. Bei den ersten drei genannten Entwürfen, die ja bereits während der Zweiten Session eingehend durchdiskutiert worden sind, handelt es sich nur noch um Teildiskussionen.

Vom Kirchenschema müssen, da neu hinzugefügt, noch diskutiert werden die Kapitel sieben und acht, über die endzeitliche Bestimmung der Kirche und die Beziehung der irdischen Kirche zur Kirche der Heiligen und über die Gottesmutter. Vom Schema über die pastoralen Pflichten der Bischöfe müssen noch jene Abschnitte diskutiert werden, die auf Vorschlag verschiedener Väter während der Zweiten Session vom ursprünglichen Entwurf über die